

Allseitige Kritik am Bonner Haushaltsplan

Korrektur des Kompromisses durch die SPD-Fraktion

Von unserem Korrespondenten

R. M. Bonn, 28. Oktober

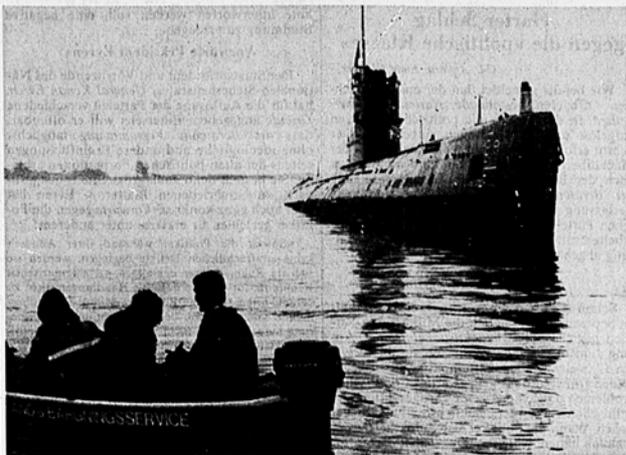
Die Spitzenvertreter der Bonner Koalition haben trotz der verhältnismässig schnellen Einigung mit ihren Beschlüssen zur Kürzung der neuen Milliardenlücke im Bundeshaushalt 1982 kaum Lorbeeren geerntet, um so dichter aber hagelt es von allen Seiten Kritik an dem neuen Massnahmenbündel. Nicht nur die Opposition, sondern auch Kommentatoren, die der Regierung durchaus nahesteht, sprechen von einem *dünnen Flickwerk*, das den eigentlichen Kern der Finanzproblematik, nämlich die inflationäre Ausgabenentwicklung während der letzten Jahre, kaum berührt und statt dessen die neuen Löcher nur mit zufälligen Einnahmequellen wie ausserordentlichen Bundesbankgewinnen oder erhofften Kurseinsparungen gegenüber dem Dollar überdeckt. Was die CDU/CSU dazu im einzelnen zu sagen hat, wird am in der Bundestagsdebatte vom Donnerstag zu hören bekommen.

Hoffen auf sinkende Zinsen

Härter trifft es die Regierung, dass ihre neueste haushaltspolitische Rettungsaktion auch im eigenen Lager überaus skeptisch bis offen ablehnend aufgenommen worden ist. Bundeskanzler Schmidt scheint in der SPD-Fraktion bei der Verteidigung der neuen Beschlüsse keinen leichten Stand gehabt zu haben. Die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 4 Prozent dürfte für manchen Sozialdemokraten schwer zu schlucken gewesen sein. Am Ende aber demonstrierte die Fraktion ihren Unmut nur an einem verhältnismässig geringfügigen Objekt: Mit grosser Mehrheit wurde die beim Koalitionsgespräch am Montag beschlossene Kürzung bei den staatlichen *Ausbildungszuschüssen für Schüler* in Werte von hundert Millionen Mark abgelehnt. Mit Zustimmung der FDP hat darauf das Kabinett auf seiner heutigen Sitzung diese Kürzung wieder rückgängig gemacht und Arbeitsminister Ehrenberg beauftragt, in seinem Zuständigkeitsbereich entsprechende Einsparmöglichkeiten ausfindig zu machen. Auch dieses jüngste Korrekturmanöver erweckt schwerlich den Eindruck, dass die Regierung noch nach einem langfristig durchdachten Konzept handelt.

Erneut wird jetzt übrigens in der SPD, vor allem aber von der Gewerkschaftsführung, der Ruf nach einem umfassenden staatlichen Investitionsprogramm zur Bekämpfung der weiterhin wachsenden Arbeitslosigkeit erhoben. Nach Meinung des Gewerkschaftsbund-Vorsitzenden Vetter zielen die — in Wirklichkeit allerdings sehr halbherzigen — Sparbemühungen der Regierung genau in die falsche Richtung. Vielmehr könne der öffentliche Haushalt langfristig nur in Verbindung mit massiven Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit saniert werden. Wie ein derartiges Programm zu finanzieren wäre, sagte Vetter allerdings nicht. Demgegenüber setzt Bundeskanzler Schmidt seine Hoffnungen vor allem auf die heilende Wirkung sinkender Zinsen. Allein eine Zinssenkung von zwei Prozent, so erklärte er heute auf der Kabinettsitzung, würde der Wirtschaft und damit der Beschäftigungslage mehr Auftrieb geben als das grosszügigste staatliche Investitionsprogramm. Laut Schmidt ist der Haushalt 1982 durchaus geeignet, Entwicklungen in dieser Richtung zu fördern. Die zahlreichen Kritiker der ebenso langwierigen wie painnerreichen Budgetoperation sehen das wesentlich anders.

Havarie eines Sowjet-U-Boots vor Schweden



Das aufgelaufene sowjetische «Whisky-Va-Unterseeboot».

Notsignale

Von unserem Korrespondenten

Ch. M. Kopenhagen, 28. Oktober

Südlich von Karlskrona liegt innerhalb der schwedischen Territorialgewässer ein havariertes sowjetisches Unterseeboot, das offenbar noch im Verlaufe der vergangenen Nacht auf Grund gelaufen ist und dann Notsignale auszusenden begonnen hat. Es ragt mit seinem Segel, wie der «Turm» korrekt heisst, über die Wasseroberfläche der Ostsee. Es steht noch nicht fest, ob die havarierte Einheit der baltischen *Rotbannerflotte* die Hilfe der Königlich-Schwedischen Kriegsmarine zu einer Rettungsaktion in Anspruch zu nehmen gedenkt.

Keine nuklearen Raketen an Bord

Bei dem havarierten Gefährt handelt es sich um ein altes Diesel-U-Boot der «Whisky-V»-Klasse, wie der Nato-Code dafür lautet. Die Sowjetflotte verfügt noch über etwa vierzig Stück dieses Typs, von dem sie in allen Versionen in den fünfziger Jahren etwa 240 bauen liess und den sie im Laufe der Zeit als ihr weitverbreitetes Exportmodell an Staaten wie Albanien, Bulgarien, Aegypten, Indonesien, Nordkorea und auch Polen lieferte, während die Volksrepublik China gar ein Nachbauprogramm unternommen hat. Normalerweise führt dieser Typ, mit einer Verdrängung von 1350 Tonnen im Tauchzustand, eine Besatzung von 54 Mann und 18 Torpedos mit. Die baltische *Rotbannerflotte* verfügt insgesamt über 22 aktiv diensttunende U-Boote. Keines davon ist nukleargetrieben, hingegen sind sechs ebenfalls ältere «Golf II»-Diesel-U-Boote mit je drei nuklearen SS-N-5-Mittelstreckenraketen bestückt und in der Ostsee seit 1976 stationiert.

Der jetzige Zwischenfall vor Schwedens Küste ruft eine Episode in Erinnerung, die sich gerade vor einem Jahr etwas weiter nordöstlich im Raum des in den Küstenfeldern eingelassenen Flottenstützpunktes *Muskö* abgespielt hat. Damals ortete die schwedische Kriegsmarine ein östliches Unterseeboot, versuchte es wieder zu vertreiben und verlor es zeitweise in den durch besonders schwierige Salz- und Temperaturverhältnisse gekennzeichneten Gewässern während einer vierzehntägigen «Jagd» aus den Augen. Die Nationalität des mysteriösen U-Bootes wurde, ganz anders als heute, nie eindeutig geklärt. Allerdings kam als Einheit nur eine solche der polnischen oder sowjetischen Kriegsmarine in Frage. Allgemein wurde damals angenommen, dass es sich um ein U-Boot der von *Baltisk* aus befehligten *Rotbannerflotte* handelte. Der jetzige, viel eindeutiger Vorfalle scheint erneut die erhebliche *Aufdringlichkeit* sowjetischer Flotten-einheiten beim Erspähen schwedischer Küstenartillerie- und Flottenverteidigungsbereiche zu unterstreichen.

Verschöpfung muslimischer Extremisten

Die Hintergründe der Ermordung Sadats

Offizielle ägyptische Darstellungen

Von unserem Korrespondenten

A. H. Kairo, im Oktober

In einer Serie von Interviews mit der Zeitung «Al-Ahram» hat Präsident *Mubarak* Einzelheiten und Hintergründe der Verschwörung geschildert, die am 6. Oktober zur Ermordung Präsident Sadats führte. Einiges davon hatte er schon vorher Korrespondenten amerikanischer Zeitungen mitgeteilt. Die Untersuchungen gegen die Attentäter und ihre Helfer sind noch nicht abgeschlossen; doch scheinen sie so weit gediehen zu sein, dass man einen ersten Ueberblick gewinnen kann.

Zusammenhang mit den Unruhen in Assiut

Im Gegensatz zu den ersten Erklärungen nach dem Attentat steht nun anscheinend fest, dass die *Unruhen in Assiut* und die Ermordung Sadats in Zusammenhang standen. Einer der Rädelführer von Assiut namens *Abdoud az-Zumur*, der am 13. Oktober in der Nähe der Pyramiden bei Kairo nach einer längeren Schiesserei verhaftet worden ist, scheint ein Offizier im Range eines Majors im *Geheimdienst* gewesen zu sein; dies wird allerdings meistens in den ägyptischen Zeitungen nicht oder nur ganz am Rande erwähnt. Zumur gilt als einer der Anführer der Verschwörer und soll mit dem Chef der Mördergruppe, dem *Leutnant Khaled Istambuli*, in enger Verbindung gestanden sein. Ein anderer Führer der Verschwörung heisst *Nabil al-Maghrabi*; er war schon einige Zeit vor der Ermordung Sadats verhaftet worden. Die Gesamtzahl der unter dem Verdacht, zu der Verschwörung gehört zu haben, verhafteten Personen übersteigt gegenwärtig 400.

Aktivisten aus verschiedenen Gruppen

Die wichtigste der religiösen Gruppen oder Sekten, zu denen die Verschwörer gehörten,

Hartes Urteil gegen einen Redaktor in der Türkei

Siebeneinhalb Jahre Gefängnis wegen «kommunistischer Propaganda»

Istanbul, 28. Okt. (Reuters) Ein Militärgeneral in Istanbul hat den seinerzeitigen Chefredaktor des linksgerichteten Magazins «Süreki Devrim», *Ugur Tekin*, wegen eines vor drei Jahren erschienenen Artikels zu *siebeneinhalb Jahren Gefängnis* verurteilt. Aus Gerichtskreisen wurde mitgeteilt, Tekin sei für schuldig befunden worden, gegen die Bestimmung des Strafgesetzbuches verstossen zu haben, die *kommunistische Propaganda* untersagt. Der inkriminierte Beitrag ist in der Ausgabe vom Oktober 1978 des Magazins erschienen, das nach dem Militärputsch vom September 1980 verboten wurde.

Ein Protest des IPI

London, 28. Okt. (dpa) Das *Internationale Presseninstitut (IPI)* in London hat bei der türkischen Regierung gegen die Verfolgung der Presse durch die Militärs protestiert.

scheint «*Taqfir wa Hijra*» zu sein, eine seit mehreren Jahren bekannte extremistische Organisation. Der Name bedeutet «Umkehr und Auswanderung», das zweite Wort im Sinne der Auswanderung des Propheten aus Mekka nach Medina. «*Taqfir wa Hijra*» hat sich schon früher Anschläge und Mordtaten zuschreiben können lassen, so auch den *Leberfall* von 1974 auf eine Militärschule in Kairo, wo sich die Aktivisten Waffen verschafften und zwanzig Kadetten umbrachten; die Waffen wollten sie für einen Anschlag auf Präsident Sadat verwenden, der am selben Tag vor der Staatspartei eine Rede hielt. Doch für die letzte Verschwörung gegen Sadat scheinen auch *andere extremistisch-muslimische Gruppen* Aktivisten gestellt zu haben.

Plan zur Beseitigung der herrschenden Schicht

Nach den Darstellungen Mubaraks sowie des ägyptischen Innenministers, der ebenfalls Aussagen gegenüber der Presse gemacht hat, sollen die Verschworenen einen langfristigen Plan entworfen haben, mit dessen Ausführung in diesem Herbst begonnen werden sollte und der die Ermordung *der ganzen politischen Führung* sowie auch der *Oppositionsführer* und der der Regierung nahestehenden *Geistlichen* vorsah. Endziel wäre ein *islamisches Regime* nach dem Vorbild Khomeinis gewesen. Die Untersuchungsbehörden wollen zwei Listen sichergestellt haben: Die eine soll die Namen der Personen enthalten, die hätten ermordet werden sollen, unter ihnen alle gegenwärtigen Minister, die andere die Namen der Minister der vorgesehenen islamisch-revolutionären Regierung. Die Untersuchungsbehörden wollen auch wissen, dass die Verschworenen über die Reise- und Dislokationspläne Sadats bis zum 9. November genau informiert gewesen seien.

Die Verhaftungswelle vom September

Es scheint, dass die Pläne der Verschworenen infolge der Verhaftungswelle durcheinander gerieten, die auf Geheiss Präsident Sadats in der ersten Septemberwoche begann und von der vor allem muslimische Extremisten, aber auch Kopten sowie Exponenten der politischen Opposition betroffen waren. Damals sprachen Sadat selbst und die Behörden ebenfalls von einer «Verschwörung», die zum Ziel gehabt habe, Unruhe zwischen den Religionsgemeinschaften zu stiften. Man warf den sowjetischen Diplomaten in Kairo vor, in die Verschwörung verwickelt gewesen zu sein. Eine grössere Zahl von ihnen sowie sämtliche sowjetischen Experten, die noch in Aegypten wirkten, wurden ausgewiesen. Heute ist es deutlich, dass schon jene Verhaftungen in *erster Linie die muslimischen Aktivisten* treffen sollten. Offiziell wurde die Zahl der damals Festgenommenen mit 1536 angegeben; gegen tausend von ihnen sind wohl muslimische «Fundamentalisten».

Nach der Darstellung Mubaraks waren es jene Festnahmen, welche die *Verschworenen* dazu veranlassten, die Ausführung ihrer Pläne zu *beschleunigen* und das Attentat auf Sadat durchzuführen. Laut Mubaraks Erklärungen war vorgesehen, dass gleichzeitig in mehreren *Städten Oberägyptens* Unruhen ausgelöst werden sollten, wie das in Assiut tatsächlich geschah. Doch die energische Bekämpfung der

«Grobe Übertretung»

Das schwedische Ausussenministerium verliert mittlerweile seiner Indignation über den Zwischenfall Ausdruck in einer amtlichen Mitteilung über einen von Ausussenminister *Ullsten* gegenüber Botschafter *Jakowlew* abgegebenen offiziellen Protest. Darin heisst es, dass ein sowjetisches U-Boot mit der Identifikationsnummer 137 am Abend des 27. Oktober am Eingang zum *Gaasefjord* in den Schären von Karlskrona in schwedischen Gewässern mitten in einer militärischen Sperrzone aufgelaufen sei. Das U-Boot habe keine Einfahrtserlaubnis gehabt und sei auch in keinerlei Kontakt zu schwedischen Stellen getreten. Die schwedische Regierung erachtet «mit grossem Ernst» den Zwischenfall als eine «grobe Übertretung schwedischer Zulassungsbestimmungen», hiess es ferner in dem überaus prompt übermittelten Protest in dem noch nicht abgeschlossenen Vorgang.

Unruhen in Assiut sowie die Verhaftung des Geheimdienstoffiziers az-Zumur in Kairo hätte verhindert, dass es an einem Ort zu ähnlichem kam. Laut Mubarak war noch für den Tag des Plebiszits über seine Erhebung zum Staatschef (13. Oktober) ein Angriff auf das Hauptgebäude des Sicherheitsdienstes in Gizah geplant. Das Gebäude hätte in die Luft gesprengt werden sollen.

Ferner wurde bekanntgegeben, zu den Verschwörern habe ein blinder «*Mufti*» namens Omar Mohammed Abdel Rahman gehört, der ihnen das *islamische Recht* auslegte. Er habe ihnen erklärt, ihre Feinde seien als «Ungläubige» anzusehen, deren Ermordung oder Enteignung gerechtfertigt sei. Laut den Behörden von dieser angebliche «*Mufti*» zu Gesetzesauslegungen keineswegs qualifiziert.

Ausserhalb der Streitkräfte

Mubarak hat ferner erklärt, der *Geheimdienst* sei den Verschwörern schon seit dem Juni auf der Spur gewesen. Am 21., 24. und 25. September seien *Zusammenkünfte* der Verschworenen *gefilmt* worden; die Filme und Tonbandaufnahmen seien Sadat vorgelegt worden. Bei jenen Zusammenkünften sei beschlossen worden, Waffen und Munition um jeden Preis zu kaufen, und man habe gesagt, die erste Patrone sei für Sadat bestimmt.

Mubarak und die offiziellen Sprecher unterstreichen stets, dass es sich um eine *zivile Verschwörung* gehandelt habe, die mit den Streitkräften nichts zu tun hatte. Freilich wird zugegeben, dass es den Verschwörern gelungen sei, eine *kleine Zahl von Offizieren* und Unteroffizieren zu gewinnen. Laut Mubarak dauern die *Untersuchungen* innerhalb und ausserhalb der Streitkräfte an. Er verspricht eine *öffentliche Gerichtsverhandlung* gegen die Angeklagten. *Khaled Istambuli*, der Leutnant, welcher die Mördergruppe bei der Parade anführte, ist noch am

Leben. (In ersten Berichten war sein Tod gemeldet worden.) Auch die übrigen als Hauptverantwortliche bezeichneten Personen scheinen sich, manche von ihnen verletzt, in den Händen der Behörden zu befinden.

Im Innern des Landes

Von allen offiziellen Sprechern wird ferner immer wieder unterstrichen, dass es sich um eine Verschwörung gehandelt habe, die *im Innern Aegyptens* entstanden sei. Verbindungen ins Ausland seien bisher nicht aufgedeckt worden. Diese Erklärungen sind gegen die Behauptungen des früheren ägyptischen Generals *Shazli* gerichtet, der von Libyen aus übers Radio erklärt, dass seine Oppositionsorganisation mit den Verschwörern in Verbindung gestanden und über alle Einzelheiten ihrer Pläne informiert gewesen sei. Shazli war einst eine sehr wichtige Figur in der ägyptischen Armee; er war Generalstabschef zur Zeit des Oktoberkrieges von 1973. Möglicherweise glauben die ägyptischen Behörden wirklich, er habe nichts mit der Verschwörung zu tun gehabt. Es könnte aber auch sein, dass sie es für wenig zweckmässig halten, über eine Verwicklung Shazlis in die Sache Vermutungen zu verbreiten, da ja die Armee von jedem Verdacht frei gehalten werden soll.

Auf Grund der offiziellen ägyptischen Erklärungen lässt sich zusammenfassend feststellen: Die Verschwörer waren religiöse Extremisten, die auf nicht weniger abzielen als darauf, die herrschende Schicht in Aegypten aus dem Wege zu räumen und dann einen «*islamischen Staat*» aufzurichten. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob dieses Ziel erreichbar war. Es hätte aber immerhin zu grösserem Blutvergiessen in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen kommen können. Mubarak tönt übrigens in seinen Erklärungen an, dass er nicht an die Ausführbarkeit von Plänen wie denjenigen der Verschworenen glaubt.